

Hilfen für benachteiligte Jugendliche eingespart

Einstieg in die Arbeitswelt: Landtags-Grüne wollen um Förderprogramm kämpfen

München – Seit einigen Jahren gibt es in Bayern ein Programm, das junge Menschen unterstützt, die Schwierigkeiten haben, einen Platz in der Arbeitswelt zu finden. Diese Arbeitsweltbezogene Jugendarbeit, kurz AJS, wurde bisher zur Hälfte durch Mittel der EU gefördert, die andere Hälfte stemmen Kommunen und Arbeitsagentur. Da die EU-Gelder nur für die Startphase gedacht waren, hätte in diesem Jahr der Freistaat diesen Anteil übernehmen müssen. Doch im Haushaltsentwurf 2023 ist für die AJS nichts eingeplant.

Claudia Köhler, die haushaltspolitische Sprecherin der Landtags-Grünen, ist davon überrascht worden. Sie hatte fest damit gerechnet,



Claudia Köhler
Grünen-Abgeordnete

dass das Programm fortgesetzt wird. Denn es habe sich als sehr erfolgreich erwiesen. 66 Prozent der Teilnehmer hätten durch die Unterstützung eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle gefunden oder sich für eine weiterführende Schule entschieden. Ebenso viele Teilnehmer berichten, dass sie sich in der Zeit der Förderung persönlich weiterentwickelt haben.

Gedacht ist das Programm für sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen, die ohne Unterstützung keine Chance auf dem Arbeitsmarkt hätten, erklärt Köhler. Das können zum Beispiel Jugendliche mit psychischen Erkrankungen sein oder mit einem schwierigen Elternhaus. Sie bekommen in Werkstätten und Betrieben die Möglichkeit, sich zu stabilisieren und sich berufliche Perspektiven zu erarbeiten. Um das Programm weiterzuführen, müsste Bayern 2,5 Millionen Euro investieren. „Das ist keine riesige Summe“, sagt Köhler. Umso mehr ärgert sie sich, dass CSU und Freie Wähler kein Geld dafür eingeplant haben. „Die Träger hängen nun alle in der Luft,

weil sie nicht wissen, wie es weitergeht.“

Die Landtags-Grünen wollen nun den Druck auf die Staatsregierung erhöhen. Sie reichen deshalb einen Änderungsantrag ein, in dem sie fordern, die 2,5 Millionen Euro einzuplanen. Köhler könnte sich auch vorstellen, dass die Staatsregierung diese Änderung danach selbst anstößt. „Hauptsache, das Geld wird eingeplant“, betont sie. Diese Vorschaltprojekte seien unverzichtbar. Ein Einsparen bei der Ausbildung würde letztendlich zu einer höheren Jugendarmut und viel mehr Kosten führen. „Gerade nach den Pandemie-Jahren dürfen wir benachteiligte Jugendliche nicht hängen lassen“, betont Köhler. **KATRIN WOITSCH**